

# Vorwärts

## Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

### „Vorwärts!“

Vorwärts! vorwärts! heißt die Losung,  
Welche unser Banner schmückt!  
Vorwärts gegen jede Fessel,  
Welche noch die Menschheit drückt;  
Vorwärts, daß auf dieser Erde  
Stolz der Dom der Freiheit stehe,  
Vorwärts, daß auf jedem Berge  
Wahrer Freiheit Banner wehe!

Nieder drum mit dem Betrüger,  
Der den Geist in Fesseln schlägt,  
Der die Gistsaat blinden Glaubens  
In der Jugend Herzen legt,  
Der das Fundament der Freiheit  
Über alle Orten unterwühlt  
Und mit seinem Trug vom Himmel  
Armen Volk die Erde stiehlt!

Lafst das Licht des Geistes strahlen,  
Daß die Herzen es durchglüht  
Und die reine Menschenliebe  
Überall auf Erden blüht!  
Daß kein finsterner Haß die Völker  
Färder von einander trennt,  
Daß man gern in jedem Menschen  
Seinen Bruder anerkennt.

Nieder mit dem schändlichen Verräther,  
Der für Roth kein Mitleid fählt,  
Der, im Rüstgange schmelzend,  
Jede Frucht des Fleisches stiehlt,  
Der in marmornen Palästen  
Sich auf seidnem Kissen wiegt,  
Wenn auf faulem Stroh in Hütten  
Dort der Mann der Arbeit liegt.

Freie Männer, keine Knechte,  
Jedem Theil an dieser Erd',  
Gleiche Pflichten, gleiche Rechte,  
Jedem Mann sein eigner Heerd —  
Dies das Ziel, wofür wir ringen,  
Klingen, bis wir es erreicht,  
Bis einst aus zerstörter Knechtschaft  
Stolz der Freiheit Sonne steigt!

### Mitten im Wahlkampf

Für das preussische Abgeordnetenhaus befinden sich die anderen Parteien; selbst die bürgerlich-demokratische macht gewaltige Anstrengungen, allerdings nur in der einen Stadt, in welcher für sie Aussicht auf Erfolg ist, in Frankfurt am Main; ihre gewaltigste Waffe gegen den nationalliberalen Vorker ist das hochtönende Wort: „Wir wollen nur Frankfurter wählen“, welches Herr Sonnemann in einer Wählerversammlung als Brandfackel in die „Massen“ schleuderte. Man sieht, wie weit es auch mit dieser Partei gekommen ist, die doch der Sozialdemokratie am Nächsten steht. — Wir hoffen, ja wir wünschen es, daß sich die besseren Elemente aus dieser sterbenden Partei lösen mögen, daß sie zu uns kommen, damit sie nicht von ihrer jetzigen niedersinkenden Partei begraben werden.

Nur die Sozialdemokratie steht Gewehr bei Fuß den gegenwärtigen Wahlkämpfen theilnahmlos gegenüber.

Was soll eine Partei sich auch Mühe geben, wenn sie weiß, daß bei dieser Wahlbewegung selbst in agitatorischer Hinsicht keine Vortheile zu erringen sind? Was soll sie die Arbeiter zum Wählen auffordern, da sie weiß, daß die Stimmen der Bourgeoisie nicht gezählt, sondern gewogen werden, daß, wenn der Großgrundbesitzer eine Stimme abgibt, das Gebrüll seiner Ochsen diese Stimme hundertfältig macht; daß, wenn der Bankier eine Stimme abgibt, sie im Glanze seiner Zwanzig-Markstücke hundertfältig zurückspiegelt und in die Wahlliste eingetragen wird; daß, wenn der Fabrikant eine Stimme abgibt, der Hunger und das Elend seiner Arbeiter diese eine Stimme derart vervielfältigt, daß der Arbeiter selbst bei solcher Wahl schließlich recht und machtlos dasteht?

Die Wahlen sind vorüber — die Wahlbetheiligung war sehr gering, am Geringsten in allen den Gegenden, wo die Arbeiter auf den Ruf der Sozialdemokratie hordten.

Die Wahlmänner treten den 27. d. M. zusammen, um die Abgeordneten zu wählen. Wer nun weiß, welche Wandler da spielen, welche Attaquen da gemacht werden, um einen oder den andern Wahlmann, der keine oder doch nur eine sehr wankelmüthige und unsichere Gesinnung hat, in ein anderes Lager zu loden, ja, wer diese Spiele kennt, der wird sicher vom Elend befallen über das indirekte Wahlsystem.

Auch deshalb steht der Sozialdemokrat Gewehr bei Fuß und blickt mit Verachtung auf solch schmutziges Spiel.

Doch bald schon wird „Gewehr auf!“ commandirt; bald schon hallt der Kampfruf durch die deutschen Gauen, der auch die Arbeiter auf den Wahlplan zwingt.

Auf! zu den Reichstagswahlen!

Wenngleich wir wohl wissen, daß der deutsche Reichstag, so lange er das Gegengewicht des Bundesraths und des deutsch-preussischen Militarismus hat, von keinem wesentlichen Belange ist für die Entwicklung der politischen und sozialen Verhältnisse in Deutschland, so sind dennoch die Reichstagswahlen von großer Wichtigkeit auch für uns, zunächst deshalb, weil sie das arbeitende Volk unter einer gemeinsamen Fahne sammeln, unter der Fahne, welche in den Kammern getragen wird gegen Klassenvor-

rechte und Unterdrückung, gegen Ausbeutung und gegen Demoralisation, mit einem Worte unter der rothen Fahne, die als Symbol der Menschenrechte dem Proletariat aller Länder voranweht.

Dann aber noch ist es von weiterer Wichtigkeit, daß die gewählten Abgeordneten der Arbeiter im deutschen Reichstage die Stätte finden, wo das freie Wort noch verpönt ist, wo man das Schwarze schwarz und das Weiße weiß nennen darf. Und weil die Wahrheit besonders in Bezug darauf, wie das Volk aus den Banden des Druckes und des Elendes zu erlösen sei, von Niemanden anders, als von dem Sozialismus ausgesprochen werden kann, so ist es gut, daß diese Wahrheit an jener Stätte von den Arbeiterabgeordneten gesagt werden darf und gesagt wird.

Von dem deutschen Reichstag also erwarten wir keine direkte Hilfe für das arbeitende Volk, jedoch sollen die Wahlen zu demselben und das Verhalten der Arbeiterabgeordneten in demselben das Volk sammeln und anspornen zur Gemeinsamkeit und aufklären über die Wege, welche es gemeinsam zu wandeln hat.

So sind die Wahlen und auch der Reichstag selbst gute Agitationsmittel für die sozialistische Partei, sie bringen Fluß in die Massen, sie regen auf, sie feiern an — sie helfen Männer heranbilden, auf deren Handeln und Streben die Zukunft ruht.

Deshalb wollen auch wir, nachdem die braven Klassenvertreter ihre Wahlen zum preussischen Landtage vollzogen haben, das Gewehr schultern und in geschlossener Reihe in den Wahlkampf hineinmarschiren.

Ein tausendfacher begeisterter Ruf: Vorwärts! soll unsere Losung sein.

### Der französische Arbeitercongreß.

IV.

Paris, 15. Oktober.

Die Commissionsberichte des französischen Arbeitercongresses haben kurz folgenden Inhalt:

- 1) Frauenarbeit (Referent: Fräulein André). Der Bericht spricht sich gegen die völlige Abschaffung der industriellen Frauenarbeit aus, da Frankreich mit dem Ausland sonst nicht mehr concurriren könnte. Hingegen ist die Arbeit von Frauen in der Großindustrie gesundheitswidrig und unmoralisch. Die Syndikatskammern der Arbeiterinnen sollten das Recht haben, die Werkstätten, in welchen junge Mädchen beschäftigt werden, zu überwachen. Als wünschenswerth wird ferner die Befreiung oder die tarifmäßige Bezahlung der weiblichen Gefängnisarbeit, sowie die Einführung einer billigen mechanischen Kraft zum Treiben der Nähmaschinen bezeichnet. Dies sind jedoch lediglich Wünsche der Commission; ihre bestimmten Anträge sind folgende: 1. Sofortige Gründung von Syndikatskammern der Arbeiterinnen. 2. Herabsetzung der Arbeitszeit auf 8 Stunden täglich. 3. Gesetzliches Verbot der Nachtarbeit. 4. Gleiche Bezahlung derselben Arbeit, ob sie von einem Mann oder von einer Frau gethan worden ist. 5. Abschaffung der Lohnarbeit in den Elementar- und Abendschulen. 6. Anwendung des Gesetzes über die Kinderarbeit auf die Klöster, Gefängnisse, Industriehäuser, Waisen- und Rettungshäuser, unter Befreiung des Minimalalters auf 13 Jahre, der Maximalarbeitszeit auf sechs Stunden, mit zwei Pausen. 7. Gründung von confessionlosen Industrieschulen, die mit den clericalen concurriren und den Gewinn unter die Schülerinnen vertheilen. 8. Gründung von Vereinen zur Fehlschulung und Vertheidigung von Tarifen für Steinarbeit. 9. Gründung eines Vereins zum Schutze der Jugend. Diese Anträge werden unter Beifall angehört und einstimmig angenommen.

2. Syndikatskammern. (Berichterstatter Charvet aus Lyon.) Abschaffung der Artikel 291—294 des Strafgesetzbuchs (Beschränkungen des Coalitionsrechts), sowie aller sonstigen Beschränkungen des Vereins- und Versammlungsrechtes. (Angenommen.)

3. Prudhommes — gewerbliche Schiedsrichter und Sachverständige. (Duffau aus Bourdeaux.) 1. Den Prudhommes soll zustehen: die Codification des gewohnheitlichen Gewerberechts; die Ueberwachung der Lehrlingscontracte, der Fabrikordnungen, Bergwerks- und Beamten-Reglements. 2. Jeder Arbeiter, der das politische Wahlrecht hat, soll auch das zu den Prudhommes besitzen; zum passiven Wahlrecht sollen nur ein Alter von 25 Jahren und 3 Jahre aktiver Gehilfenzeit erforderlich sein. 3. Vermehrung der Zahl der Prudhommes, nach Bedarf. 4. Unentgeltlichkeit der Justiz vor den Prudhommes. 5. Errichtung von mindestens einem Gewerberath in jedem Canton. 6. Volle Selbstverwaltung der Gewerberäthe bezüglich ihrer inneren Angelegenheiten. 7. Freie Wahl ihres Bureaus. 8. Diäten für die Prudhommes. 9. Gesetzliche Kraft und Vollstreckbarkeit ihrer Entscheidungen, wenn nicht appellirt wird. 10. Errichtung eines Appellgewerberaths für Sachen über 500 Francs. 11. Recht der Gewerberäthe, Sachverständige zu befragen. 12. Dreijährige Wahlperioden. 13. Recht der Prudhommes, ihre Vorstände zu wechseln. 14. Oeffentlichkeit ihrer Sitzungen. 15. Absehbarkeit und Verantwortlichkeit dieser Richter. (Angenommen.)

4. Lehrpläne und Fachschulen. Ein erster Bericht vom Delegirten Finance wird, weil vom Standpunkt der positivistischen Religion aus verfaßt, vom Congreß verworfen. Eine neue Commission wird sofort ernannt, die durch ihren Referenten Desmoulins noch während der Sitzung neue Resolutionen vorschlägt: Trennung von Schule und Kirche. Obligatorischer, unentgeltlicher, confessionloser Volksunterricht, Fachschulen aus Staatmitteln; Verbesserung der Lehrergehälter. (Angenommen.)

5. Arbeitercandidaturen. (Albert aus Lyon.) 1. Aufhebung jeder Domizilbeschränkung für das Wahlrecht. 2. Wiedereinführung des Listensystems. 3. Einsetzung von Arbeitercomités (der Bericht nennt sie Juries — Schwurgerichte) zur Prüfung der Arbeitercandidaten. 4. Gründung eines sozialistischen Blattes behufs Verständigung zwischen den Arbeitern von Paris und der Provinz. Ernennung eines Ausschusses durch den Congreß behufs Ermöglichung dieses Blattes. (Angenommen.)

6. Genossenschaftswesen. (Dupire.) Das Kapital der Produktiogenossenschaften soll unpersönlich, untheilbar und unveräußerlich sein. Es soll keine Dividende vertheilt, sondern der Gewinn zur Errichtung von Arbeiter-Unterstützungsstellen verwendet werden. Die Genossenschaften sollen ihre verschiedenen Produkte gegen einander austauschen. Bolle Vereins-, Sammlungs- und Discussionsfreiheit. Erhebung der gegenwärtigen Steuern durch eine einzige proportionirte (progressive) Einkommensteuer. (Angenommen.)

7. Alters- und Invalidenkassen. (Harré.) Nicht der Staat, sondern die Arbeitercandidaten sollen diese Institute gründen, und dieselben sollen unter sich in Verbindung stehen. (Angenommen.)

8. Landwirthschaftliche Genossenschaften. (Ruziller.) Gründung von ländlichen Arbeitervereinen, Bibliotheken und Gewerberäthen. Propaganda unter den Landleuten durch Vorträge und Schriften. (Angenommen.) Eine von Thevenet verlesene Adresse an die Landarbeiter wird gut befunden und soll gedruckt werden.

Der Bericht über den französischen Arbeitercongreß ist nun beendet. Auf die einzelnen Punkte einzugehen, halten wir nicht für geboten; dieselben sind entweder an sich klar, oder ihr Hauptinteresse besteht in der Thatfache, daß sie auf dem Pariser Congreß zur Sprache gekommen sind. Ueber die Bedeutung der Congreßes selbst haben wir unsere Ansichten zur Genüge geäußert.

Wir wollen hier nur noch zwei Urtheile von comrades registriren.

Leo Frankel, Mitglied der Pariser Commune, schreibt der Budapestener „Arbeiter-Wochenzeitung“:

„Es sind kaum fünf Jahre verstrichen, seit Paris, die „entartete“ Paris, die Welt in Staunen und Schred versetzt hat, wie sie zuvor — in demselben Maße wenigstens — nie empfunden haben mag. Es war damals das erste Mal, daß die arbeitende Klasse die Fäden der Regierung in die Hände nahm, aber auch zum ersten Mal, daß sie sich vollkommen bewußt war, daß sie von keiner Partei als von der Arbeiterpartei eine Neuschöpfung des sozialen Lebens zu erwarten habe. Die Commune diese legale Regierung des Pariser Volkes, denn sie wurde durch die überwiegende Majorität der Wahlberechtigten in's Leben gerufen, mußte selbst den blindesten Politikern zeigen, daß eine Veränderung des politischen Systems, eine Veränderung der Regierungsform an sich allein, die menschliche Gesellschaft nicht befriedigen, wenn nicht zugleich die Bedingungen geschaffen werden unter welchen sich die ökonomische Befreiung der Arbeiter vollziehen könne. Paris wußte, daß die politische Gleichheit nicht erhalten bleibt, so lange die soziale Ungleichheit aufrechterhalten bleibt, und proklamirte daher die Commune.“

„Sollte als Hebel dienen, um die ökonomischen Grundlagen zu stürzen, auf welchen unsere Klassengesellschaft besteht. Wunder daher, daß sich die gesamte herrschende Klasse eine Regierung verschwor, welche die Verwundlung der Arbeiter in den Reichthum Weniger für künftighin durch geschäftliche Produktion verhindern wollte; welche es den Arbeitern unmöglich machen sollte, von Entbehrungslohn zu leben, wie sie den nicht beglückten Schicksalen der Arbeiter benennen, den sie vergoldet in ihre Taschen stecken und welche an die Stelle der Pfaffen, dieser Verdammen unserer Jugend, den Schullehrer setzte. Kein Wunder, daß wenn dieses gesamte Schmarozerthum, welches beim Abblühen der rothen Fahne, dieses Symbols der Arbeiter-Republik, weh über dem Stadthause wehte, wie Fledermäuse beim Tagesbruch, nach allen Seiten hin sich flüchtete, wieder freudig aufjauchzte, als die Arme von Versailles in Paris einrückte und die Commune in Blut erstickte.“

„Man irrte sich aber, wenn man annahm, daß mit den Tausenden und Abertausenden Arbeitern (unter denen es auch nicht an Kopparbeitern fehlte) die in den Tod, in die Gefangenschaft, in's Exil getrieben wurden, man auch den Sozialismus und Materialismus aus den Herzen Frankreichs vertrieben habe.“

„Die Pariser (und überhaupt die französischen) Arbeiter überlassen den Himmel, wie ehemals, den Engeln und den Spätern; sie begnügen sich nicht für die auf dieser Erde gehabte Mühe mit Anweisungen auf das Haus „Jenseits“, sondern fordern den Lohn ihrer Arbeit schon in diesem Leben. Dies ging auch klar aus den Reden hervor, welche auf dem in Paris stattgehabten Arbeitercongreß, an welchem sich 250 Delegirte von Paris und 9 von den Provinzen theilnahmen, gehalten wurden. Wir dürfen an diesen Reden allerdings nicht diejenige Kritik üben, die wir unter anderen Umständen berechtigt, ja sogar zu üben verpflichtet wären, weil wir nicht vergeßen, daß Paris, Lyon, wie überhaupt alle industriellen Städte Frankreichs Jahre lang unter dem Belagerungszustande zu leiden hatten, wodurch es den Arbeitern unmöglich gemacht wurde, sich zu versammeln, über die Lage aufzuklären und gegenseitig zu belehren. Dessen ungeachtet kann man aus den Reden ersehen, daß das Klassenbewußtsein dennoch immer rege geblieben ist.“

Frankel fährt dann die Reden Prof's und Charbet an, von denen er sagte: „Die Bourgeoisie hat die Arbeiter der Gesellschaft in Paris...“



...nieder, wenn sie sich aufschwingen wollen, obwohl die Bourgeois ohne die Arbeiter weder ein Stück Brot zu essen noch ein Kleid zu tragen hätten; die Arbeiter dürfen sich in der Aufregung nicht länger durch ihre Feinde vertreten lassen; und Chabert: „Man klagt uns an, wir wollten die Klassen wiederherstellen; aber die Klassen, die man 1789 beseitigt glaubte, sehen noch immer. Das Proletariat bildet noch immer eine besondere Klasse in der Nation. Es ist wahr, daß sich die herrschenden Klassen mitunter zu uns herablassen und uns ihren Schutz anbieten, aber wir weisen diese Wohlwandschaft zurück, wir fühlen uns fähig, aus eigener Initiative zu handeln und unsere eigenen Interessen zu verteidigen.“

Das ist deutlich gesprochen. Von einem andern Mitglied der Pariser Commune — einem am 1. April lebenden Pariser Arbeiter — wird uns geschrieben: „Der Congress hat einen herrlichen Verlauf genommen. Die Schwäger, Systemmacher und Prinzipienreiter haben natürlich nicht gefehlt, aber sie haben keinen Schaden anzurichten vermocht. Mein Zweifel mehr: das französische Proletariat marschirt auf dem richtigen Weg, auf dem Weg, den die Vernunft, das Klassenbewußtsein und die revolutionären Erinnerungen vorgezeichnet. Der furchtbare Aderlaß von 1871 hat geschwächt, aber nicht entmannt. Noch einmal: Der Pariser Arbeitercongress ist ein stolzes Ereigniß, das unsere kühnsten Hoffnungen übertrifft hat.“

So unser Freund. „Der furchtbare Aderlaß hat geschwächt, aber nicht entmannt“ — das vergossene Blut hat sich zum Theil wieder erholt, bald wird es vollständig ersetzt sein, und zu der ungewonnenen Kraft kommen die neu gewonnenen Erfahrungen. Das Wort: „Sie haben nichts gelernt und nichts vergessen“, gilt nur zur Hälfte von den Arbeitern. Das Proletariat verliert nichts, aber es lernt.

### Politische Uebersicht.

Der Reichstag ist auf den 30. d. M. einberufen. Wir glauben nicht fehlzugehen, wenn wir sagen, daß seitens der sozialdemokratischen Abgeordneten der Versuch gemacht werden wird, die jetzige politische Lage Europas zur Debatte zu bringen und über die von der Reichsregierung eingehaltene Politik Aufschlüsse zu erlangen. Es ist wohl noch niemals vorgekommen, daß ein großes Volk wie das deutsche in einer Krisis wie die gegenwärtige von seiner Regierung so vollständig im Dunkeln gelassen, gleichsam mit verbundenen Augen einer Entscheidung überführt wird, bei welcher es sich nicht bloß um die wichtigsten materiellen Interessen, sondern geradezu um die politische Existenz handelt.

Briefstieberei. Unter der Ueberschrift „Das Facsimile Ledochowski's (S. Nr. 2 des „Vorwärts“) enthält die in Berlin erscheinende „Deutsche Post“ (ein Blatt für Postbeamte) einen interessanten Artikel, welchem wir folgendes entnehmen:

Die Thatfache ist nunmehr constatirt, daß die Oberpostdirektion in Bromberg den Postbeamten ihres Bezirks ein lithographirtes Facsimile der von des Grafen Ledochowski's Hand geschriebenen Adresse des an den Probst Brent gerichteten Briefes zu sendet, zu dem sie angewiesen hat, die diese Handschrift tragenden Briefe in Zukunft sofort an die Staatsanwaltschaft einzuliefern. In dem Briefe wird anfangs gesagt, diese Nachricht für eine des thatlichen Hintergrundes entbehrende zu halten, aber leider ist es wahr, und zwar, wie die in Rede stehende Oberpostdirektion annimmt, durch den „Vertrauensbruch“ eines Beamten geworden. „Wir bedauern“, heißt es weiter, „diese Maßnahme im Interesse der Post und ihres guten Rufes, denn die Selbsteigenschaft und Unverletzlichkeit des Briefgeheimnisses muß ihr höher stehen als staatsanwaltliche Ansprüche.“

Ueber eine neue Briefstieberei schreibt der Schriftsteller W. Koch in Ehrenfeld: „Die Geschichte wegen Verletzung des Briefgeheimnisses ist folgende: Herr Buchhändler Ed. Groppe in Trier zeigte mir am 12. Juni 1876 ein Schreiben des Privatsekretärs Carl Cronymus in Brüm, der mich befragte, die Broschüre: „Der Pascha“ von Solanden (sic damals noch nicht veröffentlicht) nicht erhalten zu haben und ein zweites Exemplar unter Couvert sich erbat, um dasselbe nicht einmal in die Hände des Postpächters in Brüm (wie er schrieb) zu lassen. Cronymus hatte von dem Stadtschreiber in Brüm erfahren, die Schrift sei mit dem Bemerkung: „Durchsicht“ dem Bürgermeister von der Post übergeben

### Auch ein Verrüchter.

Der Königl. Sächsischen Staatsanwaltschaft zu Leipzig wird folgende Zuschrift:

„Unter Hinweis auf § 28 des Reichspressgesetzes mache ich Ihnen mit, daß rücksichtlich der Druckschrift: „Ist das Urtheil eines Preussischen Gerichts richtig, wonach der thatächliche Glaube an die Ehrenhaftigkeit Sr. Majestät des Deutschen Kaisers und Königs von Preußen, Wilhelm I., Anrechnungsfähigkeit ist? von Conrad Lieb, Jülich, 1876“, welcher Sie Auszüge veröffentlicht, durch rechtskräftiges Erkenntnis der Verfassungs-Kammer des Königl. Obergerichts zu Celle vom 1. August 1876 die Unbrauchbarmachung ausgesprochen worden ist. Leipzig, den 17. Oktober 1876. Hoffmann.“

Artikel 28 des Pressgesetzes lautet: „Während der Dauer der Beschlagnahme ist die Verbreitung der betreffenden Druckschrift oder der Wiederabdruck der die Beschlagnahme veranlassenden Stellen unzulässig. Wer mit Kenntniß der Beschlagnahme dieser Bestimmung entgegenhandelt, wird mit Gefängnis bis 600 Mark oder mit Gefängnis bis zu sechs Monaten bestraft.“

Die Unbrauchbarmachung ist dauernde Beschlagnahme. Die Verurtheilten sind nun nicht in der Lage, die Fortsetzung von dem Heft 10. Artikel: „Auch ein Verrüchter“ zu bringen, werden aber in der nächsten Nummer das rücksichtige Material zu einem Schlussartikel verarbeiten.

Kriegsroheit im Frieden. Unter der Ueberschrift: „Die langjähigen Liebesgaben“ erzählt das „Neue Berliner Tageblatt“, daß eine Gesellschaft von jungen Berliner Architekten und Bankiers, alle avancirte Einjährige vom letzten Kriege, bei den in der Umgebung von Berlin stattgehabten Wandern mit einer Portion guten Weins, Cognacs und Cigarren im Divoual erschienen, um bei den herrlichen bösen Witterung den Humor ihrer alten Kriegskameraden etwas aufzufrischen, und nachdem dies mit Erfolg in einigen Reihen des 4. Garde-Dragoon-Regiments und des 4. Garde-Regiments geschehen, daß das 3. Garde-Regiment aus Hannover aufzusuchen. Die die Divouals zu besuchen, wurde ertheilt. Mit den Worten: „Hier habt Ihr eine Coaffache, es ist sehr frisch heute Abend.“ Hier hat Ihr eine Coaffache, es ist sehr frisch heute Abend.“ Hier hat Ihr eine Coaffache, es ist sehr frisch heute Abend.“

und der Kreuzbandstreifen verbrannt worden. Michels hat dies auch eidlisch angefangen, wie mir der Inspektionsrichter in Köln dies vorgelesen hat. Der Postmeister Arimond in Brüm stellte anfangs die Sache in Abrede und wollte sie als Scherz behandeln. Der Bürgermeister hat die Schrift nicht herausgegeben. Ich wurde deshalb in die Sache verwickelt, weil ich — ehe ich dieselbe in der „Frankfurter Zeitung“ publizieren wollte, auf offener Karte bei dem Exnationalliberalen und Culturkämpfer, dem Postmeister Arimond in Brüm, anfragte. Derselbe klagte. Er läßt, die Schrift sei durch ein Versehen in die Hände der Ortspolizei gerathen, was aber nicht der Fall ist, da der Vermerk „Durchsicht“ dies widerlegt. Cronymus behauptet, daß Arimond dies geschrieben; amlich ist es noch nicht festgestellt, doch habe ich Schritte beim Justizkollege in Trier gethan, um dies zu ermitteln. Der Privatsekretär Cronymus in Brüm hat mich ermächtigt, dies Alles zu publizieren, da es nach der Thatfache ist, und er tritt für Alles ein.

Ferner theile ich Ihnen mit, daß mir in diesem Jahre 18 als Manuscript gedruckt und an diverse Zeitungsredaktionen gerichtete Novellen auf der Post abhanden gekommen sind. Nicht wahr — es war doch kein schlechter Witz, die Geschichte von der Sicherheit der Briefe auf der Post — „wie die Bibel auf dem Altar?“ Ein vortrefflicher Mensch — Sr. Vortrefflichkeit der Herr Generalpostmeister!

Die „moralische“ Eroberung von Elsas-Lothringen geht den Krebsgang. Man schreibt nämlich dem „Hamburgischen Correspondenten“ aus Straßburg:

„Die Zahl der eingewanderten Deutschen schmilzt durch Wiederauswanderung täglich zusammen, und die noch Zurückgebliebenen haben sich längst von der Unmöglichkeit überzeugt, unter den obwaltenden Umständen eine Stellung zu erringen, wie man sie in der ersten Zeit nach 1870—71 und zumal drüben im rechtsrheinischen Deutschland allgemein für selbstverständlich gehalten hat. Der Wahlbruch der hier allein begünstigten sogenannten „elsässischen Elsäßer“: „Alles für uns, nichts für die Deutschen!“ wird bald eine vollständige Wahrheit geworden sein. Auch im Aeußern wird unsere Stadt mit jedem Tage wieder französischer; kommen doch die im Jahre 1872 in dem ersten, seitdem längst erlahmten nationalen Eifer der Behörde glücklich beseitigten französischen Straßmannen des „deutschen“ Straßburg einer nach dem andern wieder zum Vorschein; schon heißt die Bahnhofstraße wieder Rue de la gare, die Langgasse Grande rue, die Kettengasse Rue de la chaîne, die Kaufhausgasse Rue de la Douane etc., und wo ein Caféhaus frisch getäncht wird, da verläßt der französisch gesinnte Hausbesitzer nicht, die alte französische Straßenschrift neu wieder aufleben zu lassen.“

Das deutsche Reich glaubt darauf verzichten zu können, die Elsas-Lothringer durch eheliches Entgegenkommen mit der Thatfache der Annexion zu versöhnen; es entfremdet sie viel eher dem „deutschen Vaterlande“, als daß es sie ihm nähert; das ist Bismarck'sche Politik, Bismarck'sche Genialität.

Ein durchgebrannter Sparapostel. Aus Großenhain melden dortige Blätter, daß am 11. Oktober der Kassirer des Vorschuß- und Creditvereins, Stadtrath Otto Franke nach Dresden abgereist und zu der Kassirerrevision, welche an demselben Tage stattfinden sollte, nicht zurückgekehrt war. Die an dieses Begebeiben gethanen Befürchtungen wurden um so lebhafter, als zwei nach Dresden gereiste Directorialmitglieder mit der Kunde zurückkehrten, daß sie dort von dem Vermissten keine Spur gefunden hätten. Daher durfte es nicht Wunder nehmen, daß die Generalversammlung am 12. Oktober von 216 Mitgliedern besucht war, während sonst kaum 50 zugegen waren. Die Stimmung der Versammlung war selbstverständlich eine sehr bewegte. Dieselbe mußte sich jedoch mit der Theilnahme begnügen, daß ein genaues Ergebnis nicht habe festgestellt werden können, da die Geschäftsbücher vorerst für den Monat September noch nicht abgeschlossen vorgefunden worden seien; vor der Hand vermisse man die Buchung einer Einnahmepost von ca. 25,000 Mark, Ertrag für im Monat September verwerthete Effecten, doch sei von dem Kassirer eine Caution von 3000 Mark vorhanden, außerdem wären bei ihm auch verschiedene zu seinem Privateigentum gehörige Werthpapiere vorgefunden und auf diese sowohl als auf das gesammte Privatvermögen Franke's Arrestbeschlagnahme gelegt worden. Ueber Franke ist schließlich in Erfahrung zu bringen gewesen, daß er am 10. Oktober auf dem böhmischen Bahnhofe in Dresden gesehen worden ist, sowie daß er bei einem Dresdener Bankhause österreichische und englische Münzen im Betrage von ca. 10,000 M. gegen Werthpapiere eingewechselt hat. Welche Gelder und Werthpapiere er sonst

werde ich die Falsche gleich selbst aufzudecken.“ Mit diesen Worten beugte sich Cammerherr A., um die zwischen den Knieen festgehaltene Falsche zu entlocken. In demselben Augenblick erhielt er einen Schlag ins Gesicht, daß ihm die Cigarre wegglog, die Falsche entglitt und er selber zu Boden gefallen wäre, wenn nicht einer seiner Freunde beigesprungen wäre. Es war der Hauptmann der 3. Compagnie, der ohne jede Veranlassung — es war sogar noch nicht einmal die Zeit des Postenstreiks — diesen Coup ausgeführt hatte. „Das ist eines preussischen Offiziers unwürdig.“ sagte in seiner Entrüstung einer der beigesprungenen Herren, „ich muß Sie um Ihren Namen bitten, um Sie zur Verantwortung zu ziehen.“ Der Hauptmann verweigerte nicht nur seine Namensnennung, sondern benahm sich sogar so, daß ein anderer Offizier seines Bataillons herantrat und ihm sagte: „Der Kamerad, Sie haben anständig und gebildet Männer vor sich.“ Ein dritter Herr aus der Gesellschaft wiederholte dann noch einmal die Aufforderung an den Hauptmann der 3. Compagnie, seinen Namen zu nennen, nannte ihn bei abermaliger Weigerung einen Feigling und bestand nun darauf, arretirt und zum Oberst geführt zu werden. Statt dieser Arretirung erfolgte eine andere Scene. Eine Korporalschaft wurde beordert, unsere aus sieben Herren bestehende Gesellschaft mit blank gezogenen Säbeln und Hüfritzen vor sich herzutreiben und aus dem Divoual zu entfernen. Gestohlen, geschlagen, niedergeworfen, wiederaufstehend, um abermals auf den Erdboden gestreckt und getreten zu werden, verweilten die Vertriebenen alle diejenigen Berliner, die der Scene beizuwohnen und ihnen Beistand leisten wollten, selbst um Hülfe schreiende Damen, noch in ihr Schicksal; alles was Civil war, wurde aufgerollt und jenseits des Heideparks, wo die Denzzeit sich noch einmal energisch erheben, in der Dunkelheit und im düsternen Zustande sich selbst überlassen. Selbstredend werden die liberalen Blätter wieder auf strengste Untersuchung und Bestrafung — hoffen! Hoffen und harren!

Schulden wie ein Major. Am 1. d. M. ist ein in einer niederen Stellung sich befindender Beamter der Eisenbahn zu Jasterburg Schulden halber entlassen worden, weil es für einen künftigen Beamten unwürdig sei, Schulden zu machen.“ Und die Offiziere und höheren Beamten? Und die Regierung, welche die niederen Beamten durch die falschen Gehalte zum Schuldenmachen zwingt?

Auch der Polizeipräsident Radai in Berlin ist vom Parlamentarier verlassen. Auch er will sich mit den anderen Parlamentariern im Wortkampf messen. Derselbe ist nämlich in Halle als Kandidat für den Reichstag gewählt worden. Hatte man dort keine anderen Männer, daß man erst die Wohlthätige Polizei zu Hilfe rufen mußte?

noch mit auf die Reise genommen hat, läßt sich nicht übersehen, und entzieht sich sonach die Gesamtsumme der dem Vereine zugesagten Schädigung noch jeder Berechnung.

Seit dem 1. Oktober d. J. erscheint in Düsseldorf ein neues Parteiblatt: „Düsseldorfer Volksfreund“. Wir wünschen ihm einen großen Abonnentenkreis.

Ein urlangweiliges Philistertum sucht sich seit zehn Jahren Eingang bei den deutschen Arbeitern zu verschaffen. Nachdem nämlich Schulze-Delitzsch, der Erlkönig im sozialen Reich, in die Kumpelkammer geworfen, bemühen sich die Dunder-Hirsch-Nathan Schlesinger und Consorten, die „Harmonie“ zwischen Kapital und Arbeit herzustellen, die Harmonie, welche eigentlich noch ihrer Aufgabe gar nicht gestört ist. Sie gründen Gewerkevereine, in welchen die Kassirer austreten, sie halten Reden vor einigen Tugend Arbeitern, wobei die Mehrzahl, wie in der Kirche, einschläft, sie schimpfen auf die Sozialdemokraten, weil letztere keine langweiligen Philister sind, und faheln vom „Rückgang“ der Sozialdemokratie, während sie aus Furcht vor derselben in's Häuseldächlein kriechen.

Die letzte Nummer des von braven Märgen und vom lustigen Nathan Schlesinger herausgegebenen „Gewerkeverein“ weicht nun von den früheren urlangweiligen Nummern in etwas ab, indem sie einige überaus lustige Geschichten enthält, die wir unseren Lesern mittheilen wollen. Zunächst finden wir einen Leitartikel von Nathan, nicht dem „Weisen“, sondern von Nathan, dem „Würgengel“, dessen schnapseliger Ruf: „Jude Deyner, ich erwürge Dir!“ noch manchem ein Grausen verursacht. Der besagte schwächliche Leitartikel handelt von dem vierten Verbandstage der Gewerkevereine und die Quintessenz desselben ist, daß es ein gutes Omen sei, daß der Verbandstag in Breslau abgehalten werde. Breslau Universität, seine vielen Gelehrten, der Aufruf Friedrich Wilhelm's III. an sein Volk, die epochemachende Reform der Heilkunde — das wird alles ein gutes Omen für den Verbandstag angesehen. Daß Breslau Lassalle's Geburtsort ist, wird natürlich aus Pietät gegen den „toten“ abgethanen Schulze und aus besonderer Rücksicht gegen den Herrn Dunder nicht erwähnt. Daß Max Hirsch im Jahre 1872 in Breslau von den Sozialdemokraten auf den Mund geklopft worden ist, das scheint Herrn Nathan auch kein erwähnenswerthes gutes Omen. Zum Schlusse des ergötlichen Artikels bekommt Nathan seine alte Trinklaune wieder; er meint, daß der Herbst die Zeit der Weinsäse sei, daß er den Sorgenbrecher uns gäbe, und ebenso möge auch der vierte Verbandstag Freude und Frohsinn unter die Mitglieder tragen. Wenn's auf Nathan ankommt, wird das schon geschehen, und wenn auch der „Sorgenbrecher“ nicht Wein, sondern Schnaps ist.

Eine Correspondenz aus Königsberg, welche sich in derselben Nummer befindet, erzählt, daß dort die Regelarbeiter in Aufruhr gerathen seien, weil sie vierzehn Tage lang keinen Lohn ausgezahlt erhalten hätten. Und dabei heißt es weiter: „Wenn solche Fälle vorkommen, ist es da wohl zu verwundern, wenn die Arbeiter erbittert werden und sich den Sozialdemokraten anschließen? Arbeiten doch nicht nur die Arbeitsherren, sondern auch die Behörden den Sozialdemokraten in die Hände.“ Und bei dieser hochverräterischen Attacke gegen die Harmonielehre macht unser Harmonie-Märgen in seinem eigenen Blatte nicht einmal eine abwehrende Bemerkung. Aber Märgen, wie konntest Du das durchgehen lassen — es werden ja die Sozialdemokraten gelobt, weil zu ihnen die unzufriedenen Arbeiter gehen — doch wohl nur deshalb, weil sie theils wissen, theils ahnen, daß die Sozialdemokratie allein es vermag, ihrer Unzufriedenheit ein Ende zu bereiten.

Doch noch nicht genug — die eine Nummer bietet noch mehr des Ergötlichen. Ein Berliner Mitglied der Gewerkevereine, ein Stuhlarbeiter, leistet eine längere Einleitung mit der Ueberschrift: „Unser Verbandsorgan“. In derselben wird gemeldet, daß der „Gewerkeverein“, trotzdem er obligatorisch für die einzelnen Ortsvereine sei, einen ungemein geringen Verkeis habe, so daß selbst die Vorstände der Ortsvereine die von ihnen bezahlten Exemplare nicht einmal unter die Mitglieder vertheilt, weil das Blatt vielen Mitgliedern zu langweilig sei. Was kann man auch von den Nachfolgern des Urphilisters Schulze-Delitzsch anderes verlangen? Auch die Organisation würde, so heißt es in dem Bericht, allen denjenigen bald fade und trocken erscheinen, welche nicht regelmäßig den „Gewerkeverein“ lesen. Ja, fade und trocken — das sind die rechten Worte; fade und trocken ist die Organisation, ebenso fade und trocken sind sämtliche Helden der Gewerkevereine, ausgenommen natürlich den großen Nathan, den „Würgengel“, mit seinem „Sorgenbrecher“, der auf der bekanneten Reise nach Eisenach

Ein löstlicher und zugleich bezeichnender Vorfall hat sich bei den jüngsten Uewahlen zum preussischen Abgeordnetenhaus, bei welchen die Theilnahme eine äußerst geringe war, in einem kleinen Städtchen K. in der Rheinprovinz ereignet. Der Kampf fand statt zwischen den übermächtigen Ultramontanen und den vereinigten Liberalen, Beamten und Conservativen. Ein israelitischer Glas- und Porzellanwarenhändler K., der in der 2. Klasse wählte, versprach Abends zuvor bei einem Glase Bier verschiedenen liberalen Bekannten, daß er liberal wählen würde; am andern Morgen aber sagte er zu einem ultramontanen Stadtverordneten, der ihn auf der Straße anredete, er werde ultramontan stimmen. Man glaubt vielleicht Einer oder der Andere, unter langer Handelsmann sei über Nacht ein Mesegat geworden. Bei Ueber nicht — bei der Wahl gab er einfach einem Liberalen und einem Ultramontanen seine Stimme als Wahlmann; die zweite Theilnahme des betreffenden Bezirkes hatte glücklicherweise zwei Wahlmänner zu ernennen. Nach der Wahl wurde er von der verschiedenen Parteien seiner Hinterlist halber angegriffen, doch antwortete unser Schlanberger: „Kauf mir ein Ultramontaner einen Kuchtpf, ein Ultramontaner einen Diamantopf oder umgekehrt ab — ich muß sie halt beide verkaufen.“

Wer unserer Bourgeoisie Anstand und politisches Taktgefühl anrath, beweist, daß er sie nicht genau kennt. Ihr gilt als anständig, was ihr nicht, und wenn der fittliche Ruf von Jemand, der mit ihr imponirender Rücksichtslosigkeit ihre Interessen dient, gefährdet ist, dann delirirt sie in Versammlungen einfach seine Integrität (sittliche Reinheit), wie die Duisburger Liberalen, die des „Gründers“ Hammer, oder sie wählt ihn in die Versammlung der „Edelsten und Besten der Nation“, in die parlamentarischen Vertretungen des Landes. Parteien einzelne noch naive Blätter geglaubt, daß der edle literarische Plagiator und Hauptgründer, Ober-Sitten Dr. Carl Braun nun doch endlich politisch unmdchtig geworden sei, so haben sie sich eben getäuscht und unsere „bessere Gesellschaft“ für besser gehalten, als sie wirklich ist. Eine Rintheilung des „Niederelbischen Anzeigers“ besaovonirt die Notiz des „Wogauer Stadt- und Landboten“, daß das Wahlcomitö des Wogauer Kreises von einer Wiederwahl Brauns abhand genommen habe. Man wird also den Schriftsteller mit der Feder Anderer, den Parlaments-Clown, nun doch in den Reichstag wählen. Wir wünschen Glück dazu! Und kann es recht sein, wenn die liberale Partei durch ihre Candidaten sich recht gründlich discredittirt.



immer aus seiner Rocktasche hervorlugte. Fade und trocken sind sie, außer den durchgebrannten Kaffireen, die sich freuen, einmal aus dieser langweiligen Gesellschaft herauszukommen und die Arbeiterpeinige zu verneinen, welche für die Arbeiter doch unüberbrücklich verloren sind, wenn sie sich einmal gelüsten lassen, anderer Meinung zu sein, als die Hauptthäne. Man weiß das von den Berliner Maschinenbauern, von denen die Meisten längst aus den Gewerksvereinen ausgetreten wären, wenn sie dabei nicht die ganze eingezahlte Summe verlor.

Doch es ist gut, wenn diese Gesellschaft ihren eigenen Vankrott erklärt, indem sie nachweist, daß das Philisterblatt, der „Gewerksverein“, wenig oder gar nicht gelesen wird. Wie anders steht es mit dem „Vorwärts“ — schon gegen 12,000 Abonnenten und zehnmal so viele Leser — sind vorhanden; ein halbes Hundert sozialistischer Blätter bestehen außerdem in Deutschland — armer „Gewerksverein“! Und wenn du noch zehn Nathan's anstellst und gibst jedem zehn „Sorgenbrecher“ täglich — du wirst dennoch nicht genesen von deiner Langweiligkeit. — Wer keine große Sache vertritt, wird sich niemals auf die Höhen der Begeisterung hinaufschwingen können, er wird immer im Sumpfe der Gleichgültigkeit waten.

## Correspondenzen.

**Berlin, 12. Oktober.** (Gebildeter Böbel.) Am 8. d. M. war Spremberg der Schauplatz einer interessanten Urwähler-versammlung. Herr Professor Rommsen, welcher den Kreis im Landtage vertritt und noch ferner vertreten möchte, trat als Referent auf und strich seine und überhaupt der Liberalen Thätigkeit nach Kräften heraus, machte natürlich auch stark in Nordpatriotismus, was einem Individuum, das weiland in den Tulerien vor dem französischen Lump Bonaparte gekrochen (siehe Rommsen in den „Briefen deutscher Völkpatrioten“), doppeltes Bedürfnis ist. Es waren Sozialisten in der Versammlung zugegen, und von diesen melbten sich mehrere zum Wort, um dem gelehrten Nord- und Völkpatrioten heimzuleuchten. Zuerst sprach unser Herr Herr Häbse. Gleich nach den ersten Sätzen, die durchaus parlamentarisch waren, aber freilich nicht nach dem Geschmack der Herren Liberalen, brachen diese, wie die „Berliner Freie Presse“, der wir jetzt folgen werden, berichtet, „in ein wahres Indianergeheul aus. Nachdem die Ruhe einigermaßen wiederhergestellt war, suchte Herr Häbse die Behauptung des Abg. Rommsen, welche derselbe in der Cottbuser Urwähler-versammlung ausgesprochen hatte, daß das Volk selbst vor einem vierten Kriege nicht zurückschrecken dürfe, nachdem die drei letzten siegreich beendeten worden sind, zu entkräften; er führte an, daß der deutsche Arbeiterstand nicht gewillt sei, sich von der liberalen Partei, wenn Tausende in den Tod gingen, und das Glück von Millionen zertrümmert wird, auch noch zu einem Chor von verächtlicher Hurrahschreier herabwürdigend zu lassen. Kaum hatte der gebildete Böbel die letzten Worte vernommen, da brach er auch in ein solches entsetzliches Geheul aus, daß der Vorsitzende, Herr Dr. Schwarz, (welcher wohl ein tüchtiger Arzt sein mag, jedoch seine Unfähigkeit, eine Versammlung zu leiten, glänzend bewiesen hat) anhat diese Ordnungsmaßregeln zur Ruhe aufzufordern, dem Redner das Wort entzog. Dieser ließ es sich jedoch nicht nehmen und führte die Abstimmung herbei, was allerdings ergab, daß man von einem solchen entsetzlichen Menschen nichts mehr hören wollte. Nachher ergriff Herr Teubert aus Cottbus das Wort. In einer längeren, gediegenen Rede wies derselbe nach, daß die liberale Partei die Interessen des Volkes nicht nur sehr geschädigt, sondern auch sämtliche Steuern, welche zur Erhaltung des Staats erforderlich sind, von ihren Schultern auf die des arbeitenden Volkes wälze. In fernigen Worten zeigte er, daß die liberale Partei nur deshalb wieder etwas von sich hören läßt, um insbesondere dem arbeitenden Volke Honig in den Mund zu schütten und dasselbe bei den nächsten Reichstagswahlen als Stimmvieh zu benutzen. Auch warnte Herr Teubert vor den Wölfen, welche in Schafskleidern umherzuleihen und besonders an die Hütte des Arbeiters pochen; er gab der Versammlung zu bedenken, daß sie sich, bevor sie einem Manne die Stimme giebt, orientieren solle, ob er auch die Interessen der Allgemeinheit vertritt. Unter einem ungeheuren Beifallssturm der inzwischen zahlreich in den Saal eingetretenen Sozialisten schloß er seine Rede. Kaum war jedoch Herr Teubert von der Rednertribüne herabgestiegen, als auch schon der Abg. Rommsen, ohne sich zum Wort zu melden, mit wehendem Pochenhaare und glühenden Augen auf dieselbe stürzte. In einer Fluth von — Schimpfreden gegen die Sozialisten machte er seinem bedrängten Herzen Luft. Er brachte unter anderem vor, daß er von einer solchen, „von Gott vergessenen und verlassenen Partei“ nicht eine einzige Stimme haben wolle (die Gottvergessenen werden sich auch schönstens bedanken). Sein Aderper, welcher von konvulsischen Zuckungen befiel, bot, nachdem er noch eine Weile vom Himmelreich, Hölle, Schreden und Pestilenz gesprochen hatte, ihm Schweigen. Den Herren Teubert und Häbse, welche noch einmal um's Wort baten, um solch einen Durcheinander in die ihm gebührenden Schranken zu verweisen, gab man das Wort nicht. (Man war jedenfalls um die Gesundheit des Herrn Professor zu sehr besorgt.) Die Sozialisten verließen trotzdem in gehobener Stimmung den Saal, um nicht noch länger Zeuge einer solchen Fäule zu sein. Die Arbeiter Sprembergs haben aber durch ihre unerschütterliche Ruhe bei den Ständeleuten bewiesen, daß die Bildung des Arbeiters die halbe Bildung unserer Liberalen bei Weitem übersteigt.

Dies der Bericht der „Berliner Freien Presse“. Der denselben mit Bezug auf den Herrn Professor Rommsen etwa für übertrieben halten sollte, den verweisen wir auf die bekannt, Ständeleute, die voriges Jahr in Rom stathatte, wo Herr Rommsen, dieser Heros deutscher Wissenschaft und Bildung, einen vollständigen Mangel an Lebensart verrieth und sich als durchaus ungehobelter Gesell verrieth.

**n. Aus Schleswig-Holstein, 15. Oktober.** Es ist sehr bitter, daß wir untern früheren Regierungspräsidenten Bitter verloren haben. Derselbe wurde nämlich nach Düsseldorf versetzt, unbetrauert von den Sozialdemokraten Schleswig-Holsteins, und deshalb unbetrauert, weil gerade er der oberste Leiter der vielen politischen Verfolgungen gegen uns war. Auch die Landespartei und selbst die Fortschrittspartei waren dem Herrn Bitter nicht gerade allzu freundlich gesinnt, da er sich mehrfach als ein rückfälliger Nationalliberaler der Vernünftigen Richtung zeigte. — Doch wie hat der Mann sich geändert; mit welcher Trauer müssen wir jetzt an sein Scheiden aus hiesiger Provinz denken, seitdem er in der Rheinprovinz, allerdings bei einem Festessen in etwas gehobener Stimmung, folgendermaßen geredet hat:

„Wie sehr ich auch mit der Staatsregierung den Wunsch hege und hegen muß, daß Alle sich auf ihren Standpunkt stellen, daß Alle ihr politisches und kirchliches Programm annehmen,

so ist doch Keiner, der abweichender Ansicht ist, der einen andern Standpunkt einnimmt, als Feind des Staates zu bezeichnen, als Vaterlandsfeind zu behandeln.“

Eigentlich sollte sich dies von selbst verstehen, doch sind wir hier in Schleswig-Holstein gewohnt, daß die Sozialdemokraten gerade zu Witters Zeiten, weil sie ein anderes politisches Programm „annahmen“, als die Regierung, als Vaterlandsfeinde auch von den Behörden betrachtet worden sind und jetzt noch immer betrachtet werden. Ob Herr Bitter seine Ansichten aus sich selbst herausgeändert hat, oder ob die rheinische Bevölkerung heilsamen Einfluß auf ihn ausgeübt hat, das wissen wir nicht; so wie er jetzt ist, würden wir ihn allerdings gern wieder in Schleswig sehen, woselbst sich sein Nachfolger noch auf dem alten „bitteren“ Standpunkte befindet. Doch was schadet's? Der harte Holsteinstamm und die biederen Schleswiger lassen sich durch Polizeimaßregeln nicht beugen — Druck erzeugt Gegendruck, und mit den Verfolgungen wachsen die Erfolge, gerade so wie umgekehrt mit dem Erfolge die Verfolgungen wachsen.

**Hensburg.** (Nicht aufgelöst, sondern verboten.) Mittwoch den 4. Oktober wollten wir auf „Wilhelminenthal“ eine Volksversammlung abhalten, wozu Parteigenosse Fechner die Anmeldung bei der hiesigen Polizei gemacht hatte. Der Anmeldungsschein ward ihm auch eingehändigt; zugleich wurde ihm aber bemerkt, daß aus der Versammlung wohl nichts werden würde. Sie war durch Plakate sowie Annoncen in den „Hensburger Nachrichten“ bekannt gemacht, und die Hensburger Parteigenossen hatten sich Abends 8 Uhr, obgleich das Lokal ziemlich weit von der Stadt entfernt war, zahlreich eingestellt. Der Reichstagskandidat unseres Wahlkreises, Brückmann, war als Referent anwesend. Als Freund Fechner die Versammlung eröffnete und das Bureau gewählt war, richtete sich der überwachende Polizeidiener auf und sprach: „Im Namen des Herrn Polizeimeister darf heute Abend durchaus Nichts stattfinden.“ Weil dies nun eine Auflösung eigentlich nicht war, blieben wir noch gemüthlich im Lokal beisammen. Natürlich ist Beschwerde an die Regierung eingereicht. Die Gründe werden wir hoffentlich erfahren, weshalb wir auf „Wilhelminenthal“ keine Versammlung abhalten dürfen.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Th. Leiding.

**Elmsborn, 18. Oktober.** Montag, den 16. d. M. tagte hier eine gut besuchte Volksversammlung mit der Tagesordnung „Die Stellung der Sozialdemokratie zu der Landtags- und Reichstagswahl“, wozu unser Freund Stöhr aus Berlin als Referent anwesend war. Derselbe erledigte sich seiner Aufgabe zur größten Zufriedenheit aller Anwesenden, welche ihm zum Schluß stürmisch applaudirten. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heutige Volksversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Herrn Stöhr vollständig einverstanden und verpflichtet sich, bei der nächsten Reichstagswahl nur für die Candidatur des Herrn Stöhr zu wirken, da alle anderen Parteien nur eine reaktionäre Masse bilden.“ — Den Genossen wurde hiermit zur Nachricht, daß sich in Elmsborn ein Wahlcomité constituirt hat, bestehend aus folgenden Vorstandsmitgliedern: C. H. Hamer, Vorsitzender; S. Morichmann, Schriftführer; F. Voss, Kassierer. Wohlan denn, ihr Arbeiter Elmsborns und der Umgegend, erfüllet eure Verpflichtung, die ihr Euch selbst auferlegt habt; agitiret ein jeder mit allen Kräften, und der Sieg ist unser. Bitte alle Sendungen, die Wahl-Angelegenheiten für diesen Kreis betreffen, an nachstehende Adresse zu senden.

C. H. Hamer, Schuhmachermeister, Klosterlande bei Elmsborn.

**Hamburg, 13. Oktober.** (An die Arbeitsleute Deutschlands.) Sammtliche Arbeitsleute Deutschlands werden darauf aufmerksam gemacht, daß hier in Hamburg eine Central-Organisation für sammtliche Arbeitsleute durch den „Bund der deutschen Arbeitsleute“ ins Leben getreten ist. Der „Bund der deutschen Arbeitsleute“ giebt ein Blatt, „Der Arbeiter“, heraus, welches einzig und allein die Angelegenheiten der Arbeitsleute vertritt. Wir eruchen unsere Arbeitscollegen in ganz Deutschland, sich diesem Bunde anzuschließen. Alle Correspondenzen in dieser Angelegenheit sind zu richten an Wilhelm Wismann, Spetsgang Nr. 3, Hamburg. Ebenso befindet sich auch dort die Redaktion des Blattes. Außerdem können noch Bestellungen auf das Blatt „Der Arbeiter“ gemacht werden bei der Expedition Eduard Trube, Neuer Steinweg Nr. 16. „Der Arbeiter“ erscheint monatlich einmal im Preise von 30 Pf. und kann unter Kreuzband bezogen werden.

Wilh. Wismann.

**Stettin.** Die Stettiner Sozialdemokraten beabsichtigen durch Gründung eines eigenen Pressorgans der Wirkung der Volknoth entgegenzutreten. — Auch hier verweigert man nämlich die Sale unieren Genossen, und zumal dann, wenn vorausgesehen wird, daß Zielowsky als Redner auftritt. Die Herren Fortschrittler, welche sich jetzt im Wahlkampfe zum Abgeordnetenhaus unter sich und mit den Nationalliberalen lapbalden, beehren ihn derart mit ihrem Haß, daß sie jüngstens den in einer Versammlung anwesenden Polizei-Commissarius, zu ihrem Verrger vergebens, erucht haben sollen, ihn aus dem Lokale fortzuschaffen.

**Kalk, 14. Oktober.** (An die Gesinnungsgenossen des Landkreises Köln.) Das Central-Wahlcomité hat sich constituirt und besteht aus folgenden Personen: Wilh. Edert, Vorsitzender; Wilh. Rath, Beisitzer; Georg Luz, erster, und Peter Jünger, zweiter Schriftführer; Math. Wiry, Kassierer. Gesinnungsgenossen! Wir eruchen Euch nunmehr, sofort zur Bildung von Wahlcomités zu schreiten und Parlamentswahlkreise zu bilden. Sollten in einzelnen Orten sich Schwierigkeiten bieten, so eruchen wir die Genossen, sich an uns zu wenden. Sammtliche Briefe sind zu richten an Georg Luz, Eisenbahnkolonie, alle Gelder an Math. Wiry, bei Edert, Mittelstraße 36.

Gesinnungsgenossen, thut eure Schuldigkeit! Glück auf zum Wahlkampfe!

Mit sozialdemokratischem Gruß

Das sozialistische Central-Wahlcomité.

**h. Halberstadt.** (Zur Kapitalisten-Humanität.) Von dem hier in Garnison stehenden Bataillon des 2. Magdeburger Infanterieregiments Nr. 27 waren 80 Mann kommandirt zum Rübenroden für die Juderfabrik Brede und Klammroth. Der Mann erhielt 3 Tag 3 Mark von der Fabrik und Wohnung ausgezahlt, hiervon bekam das Bataillon 1 Mark pro Mann und Tag, also täglich die Summe von 80 Mark. Es könnte nun den Anschein gewinnen, als wäre Mangel an Arbeitskraft hier vorhanden. Dem ist aber nicht so, sondern der Arbeitsmarkt ist überfüllt mit arbeitssuchenden Arbeitern. Man zahlt aber dem „freien“ Arbeiter nicht, was man dem Vaterlandsverteidiger beim Rübenroden zahlt, man giebt Ersterem im Tagelohn höchstens 2 bis 2,50 Mark, oder man bürdet ihm die Arbeit im Accord aus, zahlt einen Preis, wobei sich der Arbeiter abradern muß zum Umfallen, um einigermaßen das Allernothwendigste zum Leben zu verdienen. Warum werden denn Soldaten zum Rübenroden herangezogen? weshalb zahlt man Letzteren mehr als dem „freien“ Arbeiter? Weil man durch die Staatshilfe — denn was ist Soldatenlohn anders als Staatshilfe, wenn

Soldaten zum Rübenroden kommandirt werden — sich das V. gehot von Arbeitern erhalten und billige Arbeitskraft, gerade in der gegenwärtigen Zeit, nicht bloß zum Rübenroden, sondern auch für die Arbeiten in der Fabrik haben will.

Ihr Arbeiter Halberstadts und der Umgegend, ermaunt Euch trotz der Hindernisse, die Euch seitens verschiedener „Sozialisten freier“ bereitet werden, weil sie sich nicht schenken, willkürlich zu handeln gegen Euch und Euer gutes Recht; lernet erkennen, wie nachtheilig und verderblich die heutigen gesellschaftlichen Einrichtungen für die Arbeiter sind; gebt einem Manne Eure Stimme, wenn's zur Wahlurne geht, von dem Ihr wißt, daß er eintritt für das Recht der Arbeit, bei dem die Devise gilt: „Gleiches Recht für Alle“!

**Calbe a. S., 9. d. M.** fand hier eine Hansjuchung bei L. Schönian statt, die, wie vorausgesehen war, kein Resultat lieferte. Schönian wird beschuldigt, gegen § 8 des Vereinsgesetzes gefehlt zu haben, indem er auch nach der Auflösung der Partei als deren Agent fungirt und Marken vertrieben haben soll. — Wir möchten wissen, bei welchem Lehrer der weiße Staatsanwalt „Logik“ gehört, der so scharfsinnig geschlossen hat, daß der Einberufer von Versammlungen notwendig Beamter einer Partei sein müsse, und daß der Vertrieb des „Wähler“, den Schönian auf Bestellung kommen ließ und den Besteller übermittelte, wie andere Zeitschriften auch, eine strafbare Be-traglung für die sozialistische Partei involvire.

**V. Frankfurt a. M., 12. Oktober.** Landtagswahlen — Stadtverordnetenwahlen — Reichstagswahlen stehen für die Frankfurter in Sicht. Grund also genug, wenn alle hiesigen Parteien aus ihrer Ruhe heranstreten und zeigen, daß sie noch am Leben sind. Zwar bezieht sich diese Bemerkung nicht eigentlich auf die Sozialisten, weil diese Jahr aus Jahr ein auf dem Plan sind, allein insofern, als nunmehr auch ihre Agitation eine vorwiegende die Wahl betreffende ist, gilt sie auch für sie. Die zunächst in Frage kommende Landtagswahl beschäftigt ausschließlich den hiesigen „Wahlverein“, eine nationalliberale Gliederung, den Bereich der hiesigen Fortschrittspartei und den demokratischen Verein. Die Sozialisten concentriren ihre ganze Kraft auf den Wahlkampf zum Reichstage, der preussische Census hält sie von der Urne zum Landtage fern. Wie verlautet, sind es fünf Candidaten, die um die Ehre, Frankfurt zu vertreten, werden, nämlich die Herren Dr. Vaster und Senator von Oden (nationalliberal), Bürgermeister Dr. Berg und Stadtgerichtsrath Dr. Schrader (fortschrittlich) und Stadtverordneter C. Holtz (demokratisch). Uebel vermerkt wird es dem demokratischen Verein, namentlich in Arbeiterkreisen, daß er schon vor mehreren Wochen aus Candidatenmangel im eigenen Lager der Fortschrittspartei die Hand zur Brüderchaft für den Wahlkampf bo- indem er den fortschrittlichen Landtagsabgeordneten Dr. Schrader neben dem Demokraten Holtz als seinen Candidaten für die kommenden Landtag proklamirte. Die Fortschrittspartei hat nichts dagegen, daß die Demokraten für ihren Dr. Schrader e-treten, allein Holtz läßt sie diesen allein, sie erkor f einen andern und zwar den vorerwähnten Bürgermeister Dr. dessen Hauptverdienst im Falle der Wahl wahrscheinlich dar-bestehen wird, daß er jedem freibeitlichen Anlauf einzelner Fortschrittler einen Stein in den Weg wirft. Nichtsdestowenig bleibt der demokratische Verein dabei, den fortschrittlichen Candidaten Schrader zu unterstützen, und wird somit in seiner Thätigkeit nach rechts zum Handlanger der Fortschrittler Mann-fachlich mit ihrer Zweifelslehre und ihrem confusen und ängstlichen nach links längt ihre notorische In-

constuirt haben. Städteordnung, Anschluß an den nassen Communalverband, Centralbahnhof, Mainkanalisation sind Dinge Fragen, die das Interesse von Stadt und Einwohner Frankfurts ans tiefste berühren und schon verdienen, daß Landtage ein offenes Auge über ihnen wacht, allein wenn Preis eine Schwenkung nach rechts sein soll, so ist das für die redliche demokratische Gewissen eine etwas starke Zumuthung. Das sollte der demokratische Verein zu Frankfurt doch einsehen und sich nicht mit Einmüthigkeit auf eine solche schiefe Gedrängen lassen. Sind die obigenwähnten Fragen nicht im Stande im Volke das allseitige Interesse wachzurufen und gegen jede unwürdige Lösung derselben durch den preussischen Landtag ein allgemeinen Protest erheben zu lassen, so ist die Wichtigkeit an nicht so groß, daß die Frankfurter Demokraten den sichern Boden unter ihren Füßen aufgeben und mit ihren Prinzipien ein diplomatisches Spiel treiben. Offenheit und Geradheit ist die er Bedingung demokratischen Handelns; wo diese zwei Eigenschaften fehlen, da haben Feind und Freund das unbestreitbare Recht auch an dem ehrlichen Willen zu zweifeln. Ist es in den gebenden Kreisen beschloffen, daß diejenigen preussischen Landtage, von denen Frankfurt bis jetzt noch wunderbare schont war, sich auch über unsere Stadt erstrecken, so wirklicher und ein Compromißcandidat der hiesigen Demokratie das Unheil auch nicht mehr zurück. Und in jedem Falle es mehr, wenn das Volk seine Stimme erhebt und es einlegt gegen eine Vergehwaltung seiner Rechte, als der Candidat spricht und das Volk schweigt. Würden die demokraten vor die Einwohnererschaft treten und feierlich die und die Fragen stehen auf der Tagesordnung, alle sie tief ein in unser Fleisch, allein in den Landtag können wir einreten, um an der Verathung derselben theilzunehmen, als Bedingung von uns die Freisgabe der demokratischen Prinzipien verlangt wird; alles, was wir thun können, ist, Mitbürger, aufzufordern, daß Ihr durch Einwirkung auf Landtag von außen uns den Eintritt in denselben öffnet, auch Demokraten an einer ernstlichen Diskussion theilnehmen können, ohne zuvor in gewagter Weise ihr Prinzip aufzugeben zu müssen. Wir würden gewiß mehr erreichen, dem andern Wege, den der demokratische Verein zu wagen gut befinden hat. Sagt doch auch Uhlund: „Und kann Wort im Landtag nicht sein Ziel erstreben, so tretet Volk zurück! Daß ihr vom Rechte nichts vergebens, sei lobnend stolzes Glück!“

**Darmstadt.** (Tapezierer-Verein.) Unser Verein befindet sich bei Hrn. Osterath, Ecke der Mühl- und Thurnstraße 16. Jeden Dienstag findet eine Mitgliederversammlung statt. — Reiseunterstützung wird ausbezahlt: 2 gasse 32, bei Hrn. Gastwirth Guth, Mittags von 12 bis 1 Mit collegialischem Gruß

**Pöschel, 18. Oktober.** Das Lokalcomité zur Wahl 2. Meininger Wahlkreis ist aus untengenannten Personen sammengesetzt und haben dieselben ihre Thätigkeit begonnen. Alle Mittheilungen sind an den Vorsitzenden des Comités zu richten. Robert Straßburger, Vorsitzender, Thurnstraße Carl Fratscher, Franz Henniger, Heinrich Rohleder, Erfurt. Die Bourgeoisie bemüht sich hier, die Wirksamkeit, den Sozialdemokraten ihre Lokale zu Versammlung zu überlassen. Es ist Sache der Sozialisten, die Wirtschaften zu besuchen und für ihre Festlichkeiten zu b-welche ihnen auch für Versammlungen zur Verfügung



**Saß, 12. Oktober.** Dem Beschlusse der Landesversammlung...  
...  
**Sonneberg.** Am 5. d. M. referierte hier Klute in einer...  
...  
**Sachsenau.** 15. Oktober. Die Wahlbewegung kommt nun auch...

bereits Volksversammlungen stattgefunden, in denen Wiener...  
...  
**Leipzig.** Am 12. d. M. fand hier im Saale der Tonhalle...  
...  
**Leipzig.** Wie aus dem Annoncentheil ersichtlich, beginnen...

und Zeitschriften stehen den Mitgliedern unentgeltlich zur Ver-  
...  
**Berichtigung.**  
...  
**Briefkasten**  
...  
**Dresden.**  
...  
**Leipzig.**  
...  
**Leipzig.**  
...  
**Leipzig.**  
...  
**Leipzig.**  
...  
**Leipzig.**  
...  
**Dösnabrück.**  
...  
**13. Wahlkreis.**  
...  
**Für Männer-Chöre.**  
...  
Verantwortlicher Redakteur: W. Hasenclever in Leipzig.